
Karl Heinz Roth

Their Wonderful War – Jenseits der Schmerzgrenze intellektueller Arroganz*

Marc Bloch, dem großen französischen Sozialhistoriker, verdanken wir seit den 20er Jahren wichtige Reflexionen über die Frage, wie mit der Geschichte der Mentalitäten im Kontext gesellschaftlicher Umbrüche umzugehen sei. Verhaltensweisen, Loyalitäten und kollektive Affekte entfalteten sich unterschwellig im Verlauf von Jahren oder Jahrzehnten, um plötzlich in Krisen und Kriegen manifest zu werden. Sie wirkten länger als die soziokulturellen und ökonomischen Strukturen, die sie hervorbringen, und transformierten umgekehrt aufgrund dieses Beharrungsvermögens scheinbar über Nacht Herrschaftsverhältnisse und Lebensbedingungen. Aufgabe der historischen Analyse sei es, durch die Einbeziehung kultureller Zeugnisse und Symbole in den bisherigen Quellenfundus, durch verfeinerte Quellenkritik sowie mit Hilfe linguistischer Methoden und quasi richterlicher Befragungstechniken den Zeitzeugen gegenüber eine kritische Strukturgeschichte der Mentalitäten zu entwickeln. In der Geschichtswissenschaft sah Bloch folglich eine Instanz, die Wahrheit gerade dort zu rekonstruieren hat, wo sie am nachhaltigsten von politischen Leidenschaften, soziokulturellen Vorurteilen und ökonomischen Ausbeutungsinteressen verfälscht wird. Die Parteilichkeit historischer Forschung ist zugleich Konstante wie Vorbedingung dieser Wahrheit: Sie dient der sozialen, kulturellen und ökonomischen Emanzipation der *condition humaine*.

Diese bedeutsame Weiterentwicklung historisch-materialistischen Arbeitens in der Entstehungsphase der „Annales“-Schule war alles andere als das Ergebnis eines weltfremden Diskurses in ein paar Gelehrtenstu-

* Erstmals erschienen in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 6 (1991), 3, S. 96–111. Wir danken Karl Heinz Roth herzlich für die Abdruckgenehmigung.

ben und Seminarräumen von Straßburg. Sie war das Produkt traumatischer politischer und militärischer Lernprozesse. In ihr hatte das denunziatorische Klima der Dreyfus-Affäre, das Bloch als Angehörigen einer jüdischen Gelehrtenfamilie herausforderte, genauso seinen Niederschlag gefunden wie die Verlogenheit deutscher Fachkollegen, die das Mittelalter in einen Legitimationsmythos reichsnationaler Machtstaatlichkeit umdeuteten. Hinzu kamen die praktischen Erfahrungen des ehemaligen Weltkriegsteilnehmers und Nachrichtenoffiziers Marc Bloch, der an der Front und in der Etappe tagtäglich den Verschränkungen des Gerüchts mit der psychologischen Kriegführung ausgesetzt gewesen war. Seit es die kritisch-historische Mentalitätsforschung gibt, sollten die Geschichtswissenschaftler und mit ihnen die publizistisch aktiven Intellektuellen gegen den demagogischen Gebrauch von Vorurteilen, gezinkten Tatsachenbehauptungen, kollektiven Schuldzuweisungen und von legitimatorisch verkürzten historischen Analogieschlüssen gefeit sein. Denn was für die kritische Rekonstruktion der Vergangenheit recht ist, ist auch für die Orientierung in der Gegenwart nur billig.

Doch weit gefehlt. Mit mehr als fünfzigjähriger Verzögerung kaum adaptiert, sind die durch die „Annales“-Schule weiterentwickelten Prinzipien kritisch-historischer Gesellschaftsanalyse dem Restaurationsprozeß der 80er Jahre schon wieder zum Opfer gefallen. Postmoderne Beliebigkeiten ersetzen zunehmend die Quellenkritik.

Historische und sozialwissenschaftliche Forschung dient vielen nur noch als Steinbruch für Legitimationsmuster zur Bedienung einer medienpolitisch deformierten Wirklichkeit. Die einstmals in den Strukturen der Linken beheimatete *educated society* prostituiert sich immer häufiger mit Bruchstücken vergangener gesellschaftskritischer Erkenntnisse. Sie wird zum Akteur und zum Objekt eines Mentalitätswandels, dessen atemberaubendes Tempo es mehr und mehr vergeblich erscheinen läßt, die dahinter liegenden gesellschaftlichen Transformations- und Zerstörungspotentiale kritisch aufzuarbeiten. Allemaal nach dem Untergang der realsozialistischen Utopie kann das neoimperialistische Weltsystem

der 90er Jahre auf einem individualistischen und antiemanzipatorischen Habitus aufbauen, den die intellektuellen Eliten im vorausgegangenen Jahrzehnt kreiert haben.

Das heißt jedoch keineswegs, daß sich auch die von vielen ihrer intellektuellen Wortführer verlassenen linken Alternativbewegungen der Metropolen an die neue Hochkultur des schnellen Geldes und die postmoderne Hegemonie der Wirtschaftszentren über den Rest der Welt reibungslos anpaßten. Überall da, wo sich die Auseinanderentwicklung von Intelligenz und zunehmend proletarisierten Basisinitiativen verzögerte, kam es zu Verwerfungen. In Deutschland beispielsweise verlief der Trennungsprozeß weitaus langwieriger und widersprüchlicher als in Frankreich, Italien, England und den Vereinigten Staaten. Eine einschneidende Zäsur wurde erst 1989/90 mit der Selbstpreisgabe der DDR spürbar, als die durch den sogenannten Einigungsprozeß ausgelöste Dynamik auch die traditionell antistalinistischen Utopien der Linken erschütterte und zugleich mit der Aussicht auf eine verstärkte deutsche Beteiligung an der restaurierten kapitalistischen *One World* einherging. Der bislang dramatischste Zusammenstoß folgte dann im Januar/Februar 1991, als sich die BRD mehr und mehr in die von den USA angeführte Kriegsphalanx gegen den Irak einreihete. Die Basisinitiativen der deutschen Linken signalisierten sofort ihren Widerstand und wurden zum Kristallisationspunkt der größten metropolitanen Antikriegsbewegung.

Entsprechend vehement machten viele ehemalige intellektuelle Linke gegen sie mobil. Was bislang eher zögerlich begonnen hatte, mußte nun im Parforceritt zu Ende gebracht werden: die Eindämmung und Beseitigung eines politischen Widerstandspotentials, das sich nicht in den inzwischen vollzogenen Mentalitätswechsel seiner früheren intellektuellen Artikulationsschicht zu fügen gedenkt. Der psychologische Krieg, den die verblassenden Integrationsfiguren der bundesdeutschen Linken zusammen mit einigen Historikern in den ersten Monaten des Jahres 1991 gegen die Antikriegsbewegung vom Zaun gebrochen haben, ist ein wichtiges Indiz für die Bedeutung des Beharrungsvermögens kollektiver

Verhaltensweisen in einer Krisensituation, deren repressives Toleranzvolumen als erschöpft gilt. Er liefert dem obrigkeitlichen Krisenmanagement die Legitimationsgrundlage für die allfällige offene Unterdrückung massenhafter Verweigerungsprozesse.

Nahezu zeitgleich mit der Eröffnung der Kriegshandlungen am Golf begann die Kampagne gegen die Antikriegsbewegung. Während die Aktivisten des Widerstands mit Flugblättern, Infoläden und auf Versammlungen und Demonstrationen ihre Kontaktnetze reorganisierten, traten ihnen die ehemaligen intellektuellen Mentoren in den audiovisuellen Medien und im linken bis liberalen Pressespektrum entgegen, um ihnen unverzüglich die Leviten zu lesen. Ihnen wurde attestiert, sie wollten Saddam Hussein, dem Diktator von Bagdad, den Weg zu einem zweiten München ebnen, statt sich an der Rettung der westlichen Zivilgesellschaft vor der arabischen Bedrohung zu beteiligen (Klaus Hartung). Der „Pazifismus der Appeaser“ von 1938/39 wurde mit „Hitlers Vernichtungswut“ auf eine Ebene gestellt: Ihr Arrangement, das mehr Menschenleben gekostet habe als alle vorigen Kriege zusammen, erlebe im Golfkrieg eine Neuauflage (Jörg Friedrich). Saddam Hussein komme als Wiedergänger Hitlers einher, wobei es diesem wie jenem unter dem Applaus ihrer kollektiv gekränkten Völker um Vernichtung und Selbstvernichtung als Selbstzweck zu tun sei (Hans Magnus Enzensberger). Wer die sich gegen den irakischen „Amokläufer“ zur Wehr setzende angelsächsische Tradition mit der Parole „Kein Blut für Öl“ denunziere, sei unterbewußt reaktivierten nationalsozialistischen Wertvorstellungen zum Opfer gefallen (Dan Diner). Der „Friedenshetze“ wurde offene „Kriegshetze“ entgegengesetzt, da die pazifistische Bewegung, die selbst der hungernden Dritten Welt die Haare vom Kopf fresse, die nukleare Vernichtung Israels billigend in Kauf nehme (Wolf Biermann). Wolfgang Pohrt rief in *Konkret* zum Einsatz von Kernwaffen gegen den Irak auf. Detlev Claussen machte einen manichäisch-unpolitisch agitierenden Pazifismus aus, der mit der Stilisierung der vermeintlich Mächtigeren des Golfkrieges zu Hauptschuldigen in eine antiamerikanische Einstellung gemündet sei. Henryk M. Broder schließlich brachte sein kriegs-

psychologisches Entertainment prägnant auf den Begriff, als er sich und seinesgleichen als einen von Talkshow zu Talkshow jettenden Teil der Etappe beschrieb: „My Wonderful War – Ein Kriegsgewinnler berichtet“.

Schon ein flüchtiger Blick auf die Artikel und Statements der gegen die Kriegsopposition angetretenen Mentalitätskämpfer macht deutlich: Sie mobilisieren verkürzte historische Analogieschlüsse, verschieben Schuldzuweisungen und machen vergangene wie gegenwärtige antimilitaristische Bewegungen für frühere wie im Verlauf des Golfkrieges möglich gewordene Massenvernichtungen verantwortlich. Sie bedienen sich uneingeschränkt des Arsenal der Gegenaufklärung, indem sie kritisch-analytische Denk- und Argumentationsweisen beiseiteschieben. Kriegsgeschrei und Gegenaufklärung kamen immer Hand in Hand daher, gewiß. Jedoch sollte der Gewinn, den die intellektuellen Renegaten der Linken dabei einstreichen, nicht unterschätzt werden. Je gewichtiger ihre arbeitsteiligen Funktionen im Verbund innenpolitischer Feinderklärung werden, desto rascher steigt ihr Gebrauchs- und Marktwert. Insofern erwies sich dieser Krieg tatsächlich als ihr wundervoller Krieg: Wer bis zum Cable News Network (CNN) vordrang, konnte sich zur Spitze rechnen und die Teilnehmer an den läppischen Talkshows von RTL Plus und WDR genauso wie die Kommentatoren der Tageszeitung auf die Plätze verweisen. Und wer nach der erfolgreichen Reaktivierung des linken Antisemitismus-Vorwurfs den Blick über den Tellerrand richtete, der wähnte sich der Zukunftsaufgabe nahe, nach der Eindämmung des antimilitaristischen Aufbegehrens an die Seite der erneuerten amerikanischen Führungsmacht zu treten, um ihr in Fragen der globalen Innen- und Sozialpolitik „das eine oder andere anzubieten“ (Micha Brumlik). Die kommende *pax americana* bliebe fürwahr ein Koloß auf tönernen Füßen, wenn sie sich nicht bei der Neuordnung des Nahen Ostens ihrer deutschen Juniorpartner bediente.

All diese vordergründigen Vorteile und Sinnstiftungen verblassen indessen vor dem mit ihnen verbundenen affektiven Bilanzgewinn. Und der ist so groß, daß sich inzwischen auch wohl situierte Professoren der

bundesdeutschen Geschichtswissenschaft an die ehemals linksintellektuellen Retter der Zivilgesellschaft vor der irakisch-arabischen Bedrohung angehängt haben. Endlich können verdrängte Selbstvorwürfe, der Verstrickung der eigenen Eltern- und Lehrergeneration in den Völkermord an den Juden keine einzige größere Forschungsarbeit gewidmet und aus ihren Ergebnissen die Konsequenzen gezogen zu haben, beruhigt werden. Denn ein zweiter Hitler ist aufgetaucht, dem man diesmal nach seinen Vernichtungsdrohungen gegen Israel um so nachhaltiger das Handwerk legen kann. Hat doch der Diktator von Bagdad in der Agonie seines regionalen Expansionismus die traumatische Identität von NS-imperialistischer Moderne und industrialisiertem Massenmord propagandistisch so reaktiviert, daß er die Kinder der Täter zur Übertragung ureigenster Schuldgefühle nachgerade einlädt. Jetzt brauchen die jahrzehntelang untätig gewesenen Professoren nur der Vernichtung des *Late Comer* am Euphrat mitsamt seiner Armee, seiner technokratischen Elite und großen Teilen der von ihm unterjochten Bevölkerung zu applaudieren, und schon werden die qualvollen Schuldgefühle wegen der unaufgearbeiteten Völkermorde des deutschen Faschismus beschwichtigt. Da Auschwitz sie im Schrecken der letzten Wochen gelehrt hat, daß es Schlimmeres gibt als Krieg, und da die professoralen Kinder der Auschwitz-Täter als Konsequenz der Verdrängung auch die Weitergabe der damit verbundenen Vernichtungstechnologie nicht zu verhindern vermochten, werden sie aber erst nach der Gutheißung des in folgedessen erforderlich gewordenen Präventionskrieges am Golf die Absolution erhalten. Der Einwand gegen diese Vision ins Gleichgewicht zurückstrebender Gefühlshaushalte, daß der von ihnen gutgeheißene Krieg Abertausende unbeteiligter Zivilisten das Leben gekostet hat, wird in der Erklärung der Historiker noch nicht einmal erwogen. Auch die banalste aller Schlußfolgerungen, nämlich die Forderung nach der Enteignung und Liquidierung der heutigen Exportunternehmen des Todes, ist ihnen nicht eingefallen. Mit historisch-kritischen Argumenten und zwingenden politischen Forderungen können die in der Gleichung Hitler = Saddam personalisierten Mechanismen der Schuldüber-

tragung bei vielen Exponenten der akademischen Schicht genauso wenig aufgehalten werden wie die ihnen vorausgegangenen Projektionen der ehemaligen Linksintellektuellen auf die Antikriegsbewegung.

Spätestens hier muß jedoch angemerkt werden, daß der Golfkrieg keineswegs mit dem Ziel entfesselt wurde, die affektiven Befindlichkeitsstörungen der deutschen *educated society* zu kurieren, wenngleich der Effekt der Selbstheilung, ein beeindruckend demagogischer Furor gegen die Friedensbewegung, den Optanten eines deutschen Kriegseintritts Wasser auf die Mühlen leitete. Als der Irak Anfang August 1990 in Kuwait einmarschierte, verfolgte er klar umrissene Ziele: Streichung der zehn Milliarden Dollar Schulden beim Emirat, Zugeständnisse in der Ölpreispolitik und Überlassung umstrittener Erdölfördergebiete in der Grenzregion gegen baldigen Rückzug. Es war ein schmutziger Deal, der da angeboten wurde, und er bezweckte die ökonomische Stabilisierung der durch den achtjährigen Krieg gegen Iran schwer angeschlagenen irakischen Entwicklungsdiktatur.

Aus der Erpressung wurde nichts, und infolgedessen war ein neuer innerarabischer Konflikt mittlerer Größe in Szene gesetzt. Damit hatte der Irak durchaus gerechnet, und mit einer eher bismarckianisch denn hitlerisch wirkenden Gründlichkeit hatte sich Saddam Hussein zuvor bei der amerikanischen Botschaft rückversichert, daß er auch in den Augen der Supermacht nicht zu weit vorpreschte. Diese Rückversicherung war echt, und dennoch hatte Saddam sich verrechnet. Wie wir den seit Ende 1990 öffentlich zugänglichen Dokumenten zur Entstehung des Golfkrieges entnehmen können, empfahl der Stabschef des Weißen Hauses dem US-Präsidenten schon am 3. August 1990 ein militärisches Eingreifen gegen Saddam mit dem Ziel, ihn massiv zu schlagen und „auszulöschen“. Präsident Bush entschied sich entsprechend, setzte König Fahd von Saudi-Arabien unter Druck und gab grünes Licht für den Truppenaufmarsch noch vor dem „Hilferuf“ Fahds vom 6. August, der die „Operation Wüstenschild“ offiziell in Gang setzte. In einem Geheimprotokoll wurden für die Nachkriegszeit US-Stützpunkte in Bahrain und im rückeroberten Kuwait zugesichert.

Somit steht fest, daß die US-Administration ein vom Irak mit militärischen Mitteln inszeniertes Erpressungsmanöver gegen Kuwait arglistig ausnutzte, um einen aggressiven Vernichtungskrieg vom Zaun zu brechen. Die Koalitionäre dieses Krieges, keineswegs nur die arabischen, wurden massivem Druck ausgesetzt. Genauso wurden alle Vermittlungsversuche hintertrieben.

Soviel zur Entstehungsgeschichte des Golfkrieges. Sie ist sicher noch unvollständig, aber es scheint, daß das erst in Jahrzehnten zur Verfügung stehende Quellenmaterial ihre Schlüsselaspekte nicht mehr korrigieren wird. Der Irak fühlte sich zu einer militärischen Faustpfandoperation ermuntert, um seine Schulden aus dem – von den Westmächten massiv unterstützten – Krieg gegen Iran zu konsolidieren. Die Faustpfandoperation wurde zur Falle, die einen großangelegten Angriffskrieg der USA legitimierte. Daran ändert die Tatsache nichts, daß sich eine breite Koalition – einschließlich Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien – anschloß, bis schließlich sogar der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit einem Ultimatum für eine nicht mehr zu überbietende internationale Legitimation sorgte. Die USA hatten ihren großen Krieg, was natürlich die – wahrscheinlich von vornherein einkalkulierte – Unflexibilität des irakischen Aggressors voraussetzte. Die Unerbittlichkeit, mit der die US-Administration seit dem 3. August 1990 auf diesen Krieg zusteuerte, ist nach dem Studium der inzwischen bekannten Dokumente evident. Gerade weil das so ist, muß diese erstaunliche Aktivität erklärt werden.

Erstens ist mit Noam Chomsky auf den Tatbestand hinzuweisen, daß die USA gegenwärtig dabei sind, ihre ökonomische Weltmachtrolle zu verlieren. Die USA haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten gegenüber Japan und Westeuropa ständig an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt. Nur noch in wenigen Industriezweigen sind sie international führend. Finanzpolitisch sind sie aufgrund ihrer astronomisch gewachsenen Haushaltsdefizite am Ende. In dieser Situation spielen die USA ihre letzte Karte: die militärische. Sie vermieten quasi ihre Armee. Als Weltpolizist auf Pump hoffen sie, eine Neuauflage der *pax americana* durch-

zusetzen. Diese langfristige Option verbindet sich mit Anstrengungen zur inneren Krisenbewältigung: „Ein rascher Triumph über Saddam wäre auch ein Sieg gegen die US-Rezession“ (Forbes, Nr. 2/91, S. 11).

Zweitens ist es alles andere als Zufall, daß der geleaste Weltpolizist gegen die irakische Entwicklungsdiktatur antritt. Das militärische Exempel, das gegenwärtig an ihr statuiert wird, soll den internationalen Wirtschaftszentren die Fortdauer ihrer Kontrolle über das OPEC-Kartell und damit einen niedrigeren Rohölpreis sichern. Das ist nur möglich, wenn keines der Länder der Golfregion, in der mehr als ein Drittel der Welterdölvorräte liegt, eine regionale Vormachtstellung erringt. Einer solchen Stellung war der Irak immer näher gekommen, umso mehr, wenn es ihm gelungen wäre, das militärische Erpressungsmanöver gegen Kuwait erfolgreich zu beenden. Just jenes Land, das im Jahrzehnt zuvor mit massiver westlicher Hilfe Krieg gegen Khomeinis Iran geführt hatte, mußte jetzt in dem Boden gestampft werden.

Drittens nützte der Golfkrieg der internationalen Rüstungslobby, und zwar an erster Stelle der US-amerikanischen Rüstungsindustrie. Mit dem Zerfall des Warschauer Paktes und dem Ende des Kalten Krieges war ein gewaltiger Argumentationsdruck zugunsten weltweiter Abrüstung und Reduktion der Militärausgaben entstanden. Die von der US-Administration ausgenutzte Irak/Kuwait-Krise brachte innerhalb weniger Wochen die Trendwende. Seit Januar/Februar dieses Jahres wurden alle neuen Waffen vorgeführt, die im wesentlichen in den 70er und 80er Jahren entwickelt worden waren. Die High-Tech-Waffen des elektronischen Krieges werden nun zur Zerschlagung eines Militärpotentials eingesetzt, das nach der Eindämmung des iranisch-schiitischen Fundamentalismus dysfunktional geworden ist. Zukünftige Entwicklungsdiktaturen sollen es nicht mehr wagen, den Weg zu beschreiten, den Saddam Hussein gegangen ist.

Viertens muß darauf hingewiesen werden, daß im Irak/Kuwait-Konflikt eine Kompradoren-Oligarchie herausgefordert wurde, deren Bedeutung für Weltfinanz und Weltwirtschaft seit der Einführung des sogenannten Petrodollar-Recycling in den 70er Jahren ständig gewachsen

ist. Aufgrund seines ungeheuren Volumens hat der Mechanismus des Rücktransfers der Erdöleinnahmen aus den OPEC-Diktaturen in die Finanzmetropolen New York, London und Paris die gesamten weltwirtschaftlichen Strukturen verändert. Sie werden in erster Linie von Finanztransaktionen beherrscht, dicht gefolgt von parasitären Anlagosphären (Rüstung, Luxusindustrie), während die klassischen wirtschaftspolitischen Investitionsfelder ins Hintertreffen geraten sind. Folglich stehen die vom Irak angegriffenen Kompradoren Kuwaits für eine immer dominanter gewordene Herrschaftselite des Weltsystems, dessen Akkumulationsstruktur von ihr zunehmend dereguliert wird. Und insofern spricht viel dafür, daß sich die bisherigen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Weltmacht und Kompradoren-Rentiers zunehmend umkehren. Hier könnte der wichtigste Grund liegen, der Präsident Bush veranlaßte, gerade am Beispiel des Irak/Kuwait-Konflikts zur Rolle des Weltpolizisten auf Leasing-Basis Zuflucht zu nehmen. Das strategische Modell der *debt economy* wurde befestigt.

So weit die Rahmenbedingungen eines klassischen Konflikts zwischen einer imperialistischen Großmacht und einem Schwellenland, das versucht hat, in einer weltwirtschaftlichen Schlüsselregion eine Vormachtstellung zu erringen. Sie erscheinen in fast allen Aspekten banal, so banal wie die gesamte bisherige Geschichte imperialistischer Macht- und Wirtschaftspolitik. Die Aggressionshandlung eines bislang am Gängelband regionaler Konfliktstrategien gehätschelten *Late Comer* wird – für diesen unerwartet – zum großangelegten militärischen Gegenschlag genutzt, um das bisherige Mächtedispositiv der Region grundlegend revidieren zu können. Die dabei für erforderlich gehaltenen Kriegshandlungen werden im Rahmen einer möglichst breiten Allianz, darunter vor allem der loyal gebliebenen regionalen Satelliten, geplant und durchgeführt, weshalb ihnen in Übereinstimmung mit dem gewählten Kriegsgrund der Mantel einer uneigennütigen Befriedungsoperation umgehängt wird. Dabei kommt es schon im Vorfeld der ins Auge gefaßten Fortsetzung der Diplomatie mit anderen Mitteln darauf an, die bisherigen Konflikte der regionalen Satelliten untereinander zu überspielen,

was zur Folge hat, daß sich die Erscheinungsformen bisheriger Abhängigkeiten von der kriegstreibenden Supermacht verändern. Neben den sichtbaren Koalitionären des Waffengangs müssen folglich bislang besonders favorisierte Bündnispartner unsichtbar bleiben: Die im Hintergrund agierenden Kriegsteilnehmer können sich eines wahren „Krieges de luxe“ erfreuen (Jizchak Rabin), der da gegen ihren inzwischen gefährlichsten Kontrahenten geführt wird. Dieser offizielle und in den sichtbaren Komponenten des Kriegstheaters auch demonstrierte Zuschauerstatus muß selbst dann noch beibehalten werden, wenn der zur Strecke zu bringende Feind sein Operationsdispositiv auf die bislang ungelösten regionalen Konfliktszenarien ausrichtet, um seine Einkreisung zu durchbrechen. Das gesamte hier resümierte Schema ist seit etwa 150 Jahren bestens erprobt. Es ist typisch für regionale Konfliktkonstellationen, in denen eine imperialistische Großmacht einen widerpenstig gewordenen Satelliten in die Falle lockt und exemplarisch abstrafte, um die politisch-ökonomischen Kräfteverhältnisse in einer strategisch bedeutsamen Weltregion mit ihren gewandelten globalen Interessen in Übereinstimmung zu bringen. Begrenzt können solche Befriedigungsaktionen in den Wetterwinkeln des Weltsystems nur so lange bleiben, wie die anderen Großmächte sich nicht tangiert fühlen oder sich außerstande sehen, Gegenpositionen aufzubauen.

Typisch ist auch das Phänomen, daß die Breite der unter dem Druck der Supermacht aufmarschierten beziehungsweise in Reserve gehaltenen Kriegscoalition eine vielschichtige Kriegszieldebatte zur Folge hat. Vom Hauptaggressor bis zu den *fund raisers* und Logistikverwaltern verfolgen die Koalitionäre je nach der Verfassung ihrer innenpolitischen Fronten und ihren spezifischen Regionalinteressen ein Bündel von Zielvorgaben, deren Radikalität mit der Brutalisierung des Kriegsverlaufes gewöhnlich zunimmt. Es gibt deshalb immer fließende Übergänge zwischen Minimal- und Maximalforderungen, deren Rahmenbedingungen durch die schon vor der Entfesselung des Krieges festgelegten Optionen der involvierten Supermacht abgesteckt sind. Das elementare Kriegsziel der USA bestand darin, nach der Rückeroberung Kuwaits

und der Zerstörung von Kriegspotential und Infrastruktur des Irak in der Golfregion militärisch präsent zu bleiben und sich mit der direkten Kontrolle über die Erdölquellen die Fortsetzung der *debt economy* eines überwiegend militärischen Akkumulationsmodells zu sichern. Unter dieser Voraussetzung sollen neben den Scheichtümern vor allem die nichtarabischen Mächte des Nahen und Mittleren Ostens (Israel, Türkei und Iran) gestärkt werden, um unter Einbeziehung der arabischen Koalitionspartner Ägypten und Syrien ein neues Gleichgewicht der Kräfte herzustellen. Der Krieg gegen den Irak wurde zum Vehikel, das die seit Jahrzehnten vertagten regionalen Konflikte unter den Augen der Supermacht lösen soll. Wie die Ereignisse seit dem Waffenstillstand inzwischen zeigten, sind die USA jedoch noch immer weit davon entfernt. Die Gefahr, daß sich der Nahe und Mittlere Osten nun endgültig in das Schlachthaus der Welt verwandelt, ist riesengroß. Die Perspektive des Nord-Süd-Krieges und die sich daraus entwickelnden Tendenzen des Völkermordes an nationalen und ethnischen Minderheiten erweisen sich mehr und mehr als der wesentliche Inhalt der von US-Präsident Bush propagierten „globalen Neuordnung“.

Demgegenüber ist die antiimperialistische Restlinke des Nahen und Mittleren Ostens weitgehend verstummt. Die linkssozialistischen Strömungen Palästinas, Ägyptens, Israels und Kurdistans haben ihre soziale Basis verloren. Die Massenarmut und die Millionen Migrationsarbeiter des Nahen Ostens sind zur ohnmächtigen Verfügungsmasse einer Kriegslogik geworden, die den Konfrontationslinien zwischen imperialistischer Großmacht und mißliebig gewordener Entwicklungsdiktatur unterworfen ist. Selbst wenn es relevante Ansätze zu einer regionalen Klassenkampfperspektive gäbe, die jenseits der Kriegszielplanungen der USA-Koalition und des arabischen Entwicklungsnationalismus des Irak auf den Sturz aller Spielarten des Despotismus, die Beseitigung ihrer Zwangsarbeitersysteme, die Vergesellschaftung der Erdölquellen und -revenue und die Befreiung aller unterdrückten Minderheiten setzten, so fänden sie gegenwärtig keinen Widerhall mehr. Noch nicht einmal der Übergang des Krieges in seine zweite Phase, die des innerirakischen

Bürgerkrieges, hat diese Perspektive zu aktualisieren vermocht, sondern zum Massaker an den schiitischen und kurdischen Minderheiten geführt.

Um dieser einzigen Alternative zum nahöstlichen Schlachthaus langfristig wieder eine Chance zu geben, muß von den Widerstandsbewegungen der kriegführenden Metropolen die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen, der Rückzug aller Interventionstruppen, die Räumung aller besetzten Gebiete – Kuwait, Gaza, jordanisches Westufer, Kurdistan –, die Einstellung aller Waffen- und Rüstungslieferungen mit entsprechenden Existenzgarantien für Israel und dem Selbstbestimmungsrecht für Palästinenser und Kurden durchgesetzt werden. Diese Forderungen werden von der bundesdeutschen Antikriegsbewegung schon erhoben. Ihre politische Bedeutung besteht jenseits ihrer zumeist spontan antimilitaristischen Selbstvergewisserung darin, daß sie eine elementare Voraussetzung definiert, ohne die es keine sozialistisch-anti-imperialistische Perspektive im Nahen und Mittleren Osten mehr geben kann.

Wohl wahr: In den Erklärungen der einen möglichst umfassenden Kriegsbeitrag herbei schreibenden deutschen Intellektuellen und Historiker kommt die hier kursorisch versuchte Bezugnahme auf Entstehungsgeschichte, Hintergründe und Kriegsziele des Golfkrieges noch nicht einmal in Nebensätzen vor. Sie betrachten es überhaupt nicht mehr als ihre Aufgabe, den tatsächlichen Konfliktursachen auf den Grund zu gehen und nach einer Analyse der komplexen Macht- und Interessenkonstellationen möglichst differenziert Stellung zu beziehen. Die Entwicklung eigenständiger Positionen ist nicht mehr gefragt, und deshalb wird auf die Erarbeitung entsprechender analytischer Voraussetzungen generell verzichtet. Die linksintellektuellen Renegaten und die Geschichtsprofessoren sind zur Kriegspartei gestoßen, sie stellen ihr argumentatives Potential vorbehaltlos der von den USA angeführten Kriegskoalition zur Verfügung, wobei sie mehrheitlich für maximalistische Kriegsziele eintreten. Fernab aller kritisch differenzierenden Gesamteinschätzung werden nur noch fragmentierte Argumentati-

onsmuster vorgetragen, die ganz darauf zurecht geschnitten sind, den pazifistischen Kontrahenten in einem dichotomisch angelegten Umkehrschluß die eigene affektive Parteinahme anzuhängen. Die Mobilisierung von Schuldgefühlen und affirmativen Schuldzuweisungen hat die argumentative Auseinandersetzung völlig verdrängt. Im folgenden sollen die wichtigsten ideologischen Versatzstücke zusammengestellt und cursorisch hinterfragt werden. Das Hauptaugenmerk wird dabei auf diejenigen Stereotypen gerichtet, die in den Verlautbarungen und Appellen am häufigsten wiederkehren.

Wiederherstellung der Normen des Völkerrechts

Ohne Zweifel hat der Irak Kuwait völkerrechtswidrig überfallen und nach dem Scheitern seines ökonomischen Erpressungsmanövers annektiert. Doch haben diejenigen, die sich seit August 1990 zu internationalen Richtern über Saddam aufschwingen, keinerlei Recht zur Kritik. Was im Irak/Kuwait-Konflikt geschah, gehört zu den Geschäftsgrundlagen jenes Systems, dem beide Regime zuzuordnen sind. Sie sind sogar selbst aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte Produkte völliger völkerrechtlicher Willkür, da sie ihre Entstehung einer in aller Offenheit exekutierten Neuverteilung der nahöstlichen Einflußsphäre durch England und Frankreich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verdanken. Das Völkerrecht war allemal in Bezug auf die drei Kontinente eine Funktionsvariante des imperialistischen Systems ohne jegliches Eigengewicht. Im Nahen und Mittleren Osten ist es von denen, die sich jetzt lautstark darauf berufen, bis in die 80er Jahre verhöhnt worden. Erinnerung sei an die Massaker und Staatsstriche der 40er und 50er Jahre zur Durchsetzung der US-Hegemonie über die nah- und mittelöstlichen Erdölressourcen, an die Zerstörung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen der Golfstaaten während der 70er Jahre, an den israelischen Einmarsch in den Libanon 1982, aber auch an die Tatsache, daß den völkerrechtlich bindenden UN-Resolutionen zur Palästinafrage keineswegs durch Ulti-

maten oder gar militärische Sanktionsdrohungen Geltung verschafft worden ist.

Saddam = Hitler

Mit seiner Vernichtungsdrohung gegen Israel hat der Despot von Bagdad die Erinnerung an die Massenvernichtung der europäischen Juden durch die NS-Diktatur wachgerufen. Auf diese Drohung sind Raketenangriffe gegen israelische Bevölkerungszentren gefolgt, um durch die Provokation eines israelischen Gegenschlages die USA-Koalition aufzusprengen. Der angedrohte Genozid war Teil der militärisch-operativen Planungen des irakischen Diktators und ist dann nach dem Waffenstillstand unter den Augen der Sieger gegen die innerirakischen Aufstandsbewegungen der Schiiten und Kurden praktiziert worden, bevor eine internationale Protestwelle den Stop erzwang. Im Unterschied dazu betrieben Hitler und die NS-Elite den Völkermord an den Juden, Zigeunern und osteuropäischen Völkern als Kernstück ihrer sozialdarwinistischen Weltherrschaftsstrategie, das heißt ohne direkte Beziehung zur operativen Ebene ihrer Kriegshandlungen. Während Kriegsverbrechen wie die im Golfkrieg seitens des irakischen Regimes zu verantwortenden sich in vielen militärischen Konflikten dieses Jahrhunderts nachweisen lassen, war die Völkermordpolitik des Nazismus ein singuläres Ereignis, das seine gesamte Expansions- und „Neuordnungs“-Strategie bestimmte. Dabei war Hitler im Gegensatz zu Saddam Hussein eine eher schwache Herrschaftsfigur, in der sich die Weltmachtambitionen der traditionellen Eliten des deutschen Imperialismus mit dem Sozialrassismus und Antisemitismus der NS-Bewegung koordinierten. Der von ihm repräsentierte NS-Imperialismus aber muß als eine spezifische Variante der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften der 30er Jahre gelten, die sich durch eine besonders aggressive und expansionistische Strategie der Krisenüberwindung auszeichnete. Saddam Hussein dagegen dirigiert als Alleinherrscher eine bis vor kurzem vom Westen hochgerüstete Entwicklungsdiktatur mit regional begrenzten Expansi-

onszielen. Die Spielart des arabischen Nationalismus, die ihn hervor- gebracht hat, hat sich zweifellos einige Elemente aus den faschistischen Bewegungen der 30er Jahre angeeignet, um eine ethnisch zerrissene ehemalige britische Halbkolonie politisch zu verklammern. Trotz dieser Anleihen erscheint es jedoch unangebracht, den Autokraten eines kapitalistischen Schwellenlandes mit dem von den diktatorischen Machteliten einer voll entwickelten kapitalistischen Klassengesellschaft auf den Schild gehobenen „Führer“ gleichzusetzen.

Der Pazifismus als Steigbügelhalter Hitlers (und Saddams)

Der linke und linksbürgerliche Pazifismus war einer der Hauptfeinde der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Machträger der NS-Diktatur. Mit seinen Enthüllungen und Kampagnen gegen die geheime Wiederaufrüstung hat er in der Weimarer Republik und in der Weltwirtschaftskrise den Formierungsprozeß der wichtigsten Machträger des deutschen Faschismus wirkungsvoll behindert. Entsprechend rigoros wurde der Pazifismus vor und nach 1933 verfolgt.

Von diesen Erfahrungen ist die gegenwärtige antimilitaristische Bewegung geprägt. Als Teil der Linken war sie die einzige Kraft, die in den 80er Jahren die bundesdeutschen Rüstungsexporte in internationale Spannungsgebiete, vor allem den Nahen und Mittleren Osten, aufdeckte und bekämpfte. Sie ist dadurch in jeder Hinsicht legitimiert, sich gegen eine deutsche Kriegsbeteiligung am Golf zu engagieren. Wer ihr dieses Recht abspricht oder sie in einen kollektiven Vorwurf gegen die deutsche Mitverantwortung an der Aufrüstung des Irak einbezieht, ist demagogisch. Nachgerade pervers mutet die Tendenz an, den Pazifismus überhaupt zum Hauptverantwortlichen hochzustilisieren und nicht etwa Wirtschaft, Regierung und Außenhandelsbehörden, die wesentlich zur Aufrüstung des Irak beigetragen und von ihr profitiert haben.

Appeasement 1938/39 = 1990/91

Die Mobilisierung und Übertragung des München-Traumas von 1938 auf die aktuelle Antikriegsbewegung geht bewußt von deren Gleichsetzung mit Daladier und Chamberlain, den damaligen Verhandlungspartnern Hitlers, aus. Diese beiden *Appeaser* waren jedoch weder Pazifisten noch Delegierte einer Antikriegsbewegung, sondern Repräsentanten imperialistischer Mächte, die 1938/39 mit dem deutschen Faschismus ein spezifisches Geschäft machten: Sie gaben ihm freie Hand gegen die osteuropäischen Staaten sowie die Sowjetunion und gestanden ihm in Südosteuropa eine Einflußsphäre zu. Damit sollte dem militärischen und ökonomischen Wiedererstarken Deutschlands Rechnung getragen werden. Der deutsche Faschismus hat sich jedoch an die ihm angetragene innerimperialistische Arbeitsteilung nicht gehalten und die Resultate des *Appeasement* im Griff nach der Weltmacht übertrumpft.

Entbehrt schon der historische Vergleich jeglicher Grundlage, so erscheint die Behauptung, die Antikriegsbewegung von heute stehe in einem analogen *Appeasement*-Verhältnis zum Irak, doppelt absurd. Denn erstens ist die Friedensbewegung heute wie damals nicht an die Schalterhebel imperialistischer Machtpolitik vorgerückt, und zweitens ist der Krieg, gegen den sie sich wendet, das Resultat einer erst nach mehr als zehn Jahren für gescheitert erklärten Bündnispolitik der imperialistischen Hauptmächte mit dem Irak. Der deutsche Faschismus war 1938 vergeblich in das imperialistische Machtdispositiv integriert worden, weil er den „Bolschewismus“ vernichten sollte; Saddam hatte man 1980 höchst erfolgreich zur Eindämmung des iranischen Fundamentalismus vorgeschickt.

Gute Waffen – Böse Waffen

Der Friedensbewegung wird das Recht zur Mobilisierung gegen den Golfkrieg abgesprochen, weil in ihm auf der Seite des Irak Massenvernichtungswaffen aus deutscher Produktion und Entwicklungshilfe im

Spiel sind, die militärisch ausgeschaltet werden müßten. Die Argumentation läuft darauf hinaus, die „bösen“ Produkte der deutschen Rüstungsindustrie seien durch „gute“ Produkte zu neutralisieren. Konkret ging es vor allem um die deutsche Finanzierung von Raketenlieferungen aus amerikanischen Beständen, die zur Abwehr der unter deutscher Beteiligung weiterentwickelten irakischen ballistischen Träger für Massenvernichtungswaffen geeignet sind. Dabei spielte vor allem ein drohender Giftgasangriff des Irak gegen Israel eine Rolle, der nur durch den Transfer deutscher Vernichtungstechnologie möglich geworden ist. In diesem Fall wäre zweifelsfrei die Kontinuität zur Massenvernichtung der europäischen Juden durch den deutschen Faschismus, die wesentlich durch Giftgas erfolgte, hergestellt.

Dieser wahrhaft traumatisierenden Argumentationskette ist jedoch eine Menge entgegenzuhalten:

1. Die Antikriegsbewegung war auch in diesem Fall die einzige Kraft, die in den vergangenen Jahren vehement und auf vielfältige Weise gegen die deutschen Exporteure des Todes vorgegangen ist. Wenn sie dabei nicht stark genug war, um die nun zutage tretenden Proliferationsfolgen zu verhindern, so kann ihr daraus nicht der Umkehrschluß aufgezogen werden, sich nunmehr für den Export der vermeintlichen Wiedergutmachungswaffen einzusetzen.

2. Der beste Schutz vor der drohenden Apokalypse war und ist die sofortige, bedingungslose Einstellung der Kampfhandlungen, die Rückkehr zu Konfliktlösungen auf Verhandlungsebene und die Sicherung des Existenzrechts aller ethnischen Minderheiten durch einen umfassenden Demokratisierungsprozeß.

3. Alle Massenvernichtungswaffen müssen aus dem Krisengebiet abgezogen werden, denn auch auf der Seite der Anti-Irak-Koalition gab und gibt es Vorbereitungen zu und Drohungen mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen.

4. Es gibt keine guten und bösen Waffen, weil durch ihren Einsatz in allen Fällen Menschen getötet werden. Das Lebensrecht der irakischen Bevölkerung ist genauso unantastbar wie das der Bevölkerung von Israel

und der ethnischen Minderheiten im Nahen und Mittleren Osten. Wer hier mit dem Hinweis auf das Trauma des faschistischen Völkermordes an den Juden Unterschiede machen will, landet unweigerlich bei Begründungszusammenhängen, die rassistisch sind.

5. Die einzige Lehre aus der traumatischen Erfahrung der vergangenen Monate kann sein, den Widerstand gegen Rüstungswirtschaft und Rüstungsexporte noch intensiver zum Bestandteil von linker Politik und von sozialen Kämpfen zu machen.

Zweifellos werden in den kommenden Monaten weitere Legitimationsmuster zur Eindämmung der Antikriegsbewegung mobilisiert werden, wenn der Golfkrieg in seiner innerirakischen Bürgerkriegsphase weiter andauert, die Bundesrepublik im Fall neuerlicher Eskalationen direkt mitkämpfende Partei wird und tatsächlich Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden. Aber selbst wenn uns dieses Grauen erspart bleibt und der Völkermord an den ethnischen Minderheiten des Irak endgültig verhindert würde, wird auch in der Bundesrepublik nichts mehr so sein wie früher. Die Schlammschlacht gegen die Antikriegsbewegung hat schon jetzt jene Schmerzgrenze überschritten, wo die Möglichkeit der argumentativen Auseinandersetzung mit ihren Urhebern an ihre Grenzen gerät. Es sind tiefe Wunden geschlagen worden. Die Antikriegsbewegung wurde in einem Ausmaß zum Adressaten kollektiver Schuldübertragungen gemacht, das jeglicher Beschreibung spottet. Zusammen mit den sozialen Alternativbewegungen steht sie als Sündenbock da, bloß weil sie sich weigert, den herrschaftsloyalen Mentalitätswandel ihrer früheren Artikulationsschicht in den Reihen der *educated society* nachzuvollziehen. Es bleibt zu hoffen, daß sie trotzdem standhält. Als Hoffnungsträger einer linkssozialistisch-antiimperialistischen Tradition sollte ihr mehr vergönnt sein als die nur historische Gewißheit, in einer Situation epochaler Herausforderungen an einem gesellschaftsemanzipatorischen Anspruch festgehalten zu haben, der die Zustimmung zu den neuen Szenarien imperialistischer Nord-Süd-Hegemonie verweigert.

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online**
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

sgo-verein [at] sozialgeschichte-online.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,
Bank für Sozialwirtschaft

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts-
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/77466

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20230405-093805-8

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 33 (2022), S. 17-35



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.